

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 08 / 2017

AUS DEM BUNDESTAG

**SPD setzt
„Ehe für alle“ durch**
Gleichstellung war überfällig

Seite 3

BUNDESTAGSWAHL 2017

„Die zerstrittenen Unionsparteien sind nicht in der Lage, die Antworten auf Zukunftsfragen zu geben.“

Interview mit Martin Schulz

Seiten 4 und 5

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



Politik ist ein Wettbewerb um die besten Ideen. Bei der Bundestagswahl bietet die Sozialdemokratie ein zukunftsweisendes Programm und eine echte inhaltliche Alternative zur Union.

Wir werden mit einem Bundeskanzler Schulz dafür sorgen, dass es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto für Erwerbstätige gibt. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Wir machen Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Mit unserem Rentenkonzept sichern wir das Rentenniveau und verhindern ein Abrutschen in die Altersarmut. Mehr Zeit für Familie wollen wir durch ein Recht auf Familienzeit für Kindererziehung und für die Pflege von Angehörigen unterstützen. Familien werden durch unser Steuermodell entlastet. Wir werden für kostenfreie Bildung sorgen – von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung.

Und für dieses Programm werden wir trommeln und werben, damit wir nach dem 24. September als stärkste Kraft die Regierung anführen.

Euer

Thorsten Brehm

Das SPD-Wahlprogramm

Wir wollen Zukunft gestalten.



Den Startschuss zum Bundestagswahlkampf gab eine Podiumsdiskussion im Presseclub Anfang Juli.

VON **GABRIELA HEINRICH, MdB** UND
MARTIN BURKERT, MdB

Mit unserem Wahlprogramm geben wir die Antworten auf die Zukunftsfragen. Es reicht nicht, Deutschland nur zu verwalten. Wir wollen unsere Zukunft gestalten. Das geht nur mit einem neuen Bundeskanzler: Martin Schulz!

Die SPD steht für Aufstiegschancen und gute Arbeit:

- Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung. Mit Martin Schulz gibt es eine Arbeitsversicherung mit berufsbegleitender Qualifizierung und ein Arbeitslosengeld Q, das Arbeitslose während einer Qualifizierung unterstützt. Wir wollen ein persönliches Entwicklungskonto mit einem Guthaben für Weiterbildung.

- Wir wollen gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Erststudium, die Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen und ein besseres BAföG.

- Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen, sachgrundlose Befristungen abschaffen, eine stärkere Tarifbindung und ein Rückkehrrecht aus Teilzeit. Arbeit auf Abruf lehnen wir ab. Das Schonvermögen für Arbeitslose verdoppeln wir.

Die SPD steht für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit:

- Eltern und pflegende Angehörige sollen ein Familiengeld erhalten, wenn sie weniger arbeiten wollen oder müssen. Das Ehegattensplitting weiten wir zum Familiensplitting mit Kinderbonus aus, auch für Alleinerziehende. Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab.

■ Mit unserem Steuerkonzept entlasten wir die hart arbeitende Mitte um 15 Milliarden Euro. Unser Konzept belastet die oberen zehn Prozent der Gesellschaft mehr, es entlastet aber 80 Prozent in der Mitte. Den Solidaritätszuschlag schaffen wir ab – zunächst



An Infoständen werben wir in den Stadtteilen für unser Programm ...

für kleine und mittlere Einkommen. Kleine Einkommen entlasten wir bei den Sozialabgaben.

■ Wir kämpfen für eine starke gesetzliche Rente. Das Rentenniveau soll nicht unter 48 Prozent sinken, der Beitragsatz nicht über 22 Prozent steigen. Mit der Solidarrente wollen wir Lebensleistung belohnen.

■ Wir werden die Zwei-Klassen-Medizin mit gesetzlich und privat Versicherten beenden, indem wir die Bürgerversicherung einführen. Die Zusatzbeiträge werden wir abschaffen.

Wir müssen in Deutschlands Zukunft investieren:

■ Wir werden in Bildung investieren – in zusätzliche Krippenplätze, Ganztagschulen, ein Schulmodernisierungsprogramm, einen Berufsschulpakt und eine Ausstattungsinitiative für Hochschulen.

■ Wir werden in bezahlbaren Wohn- und Lebensraum investieren – in sozialen Wohnungsbau, altersgerechten Umbau und Städtebauförderung. Den Erwerb von Wohneigentum wollen

wir durch ein Familienbaugeld fördern.

■ Wir werden in bezahlbare und nachhaltige Mobilität investieren – in einen starken ÖPNV, in Elektromobilität und wir wollen mehr Güter auf die Schiene und Wasserstraßen verlagern.

■ Wir werden in die Sicherheit investieren – wir wollen 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen.

■ Wir werden in die Integration und den Zusammenhalt investieren – in Sprachkurse, in

eine Abrüstungsinitiative starten und ein Verbot von Kleinwaffenexporten in Drittländer. Angela Merkel will 30 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich für Panzer und Drohnen.

Wir müssen Europa erneuern und wieder zusammenfinden:

■ Wir brauchen eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik mit einer fairen Verteilung der Flüchtlinge in Europa, aber auch legalen Einwanderungsmöglichkeiten und Kontingenten für registrierte Flüchtlinge.

■ Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer und europaweite Mindeststeuersätze, damit multinationale Unternehmen nicht in Europa Steuern vermeiden können.

■ Wir müssen gemeinsam in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit



... und zeigen mit den Ortsvereinen auf Stadtteilstellen Präsenz.

Programme gegen Rechts, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie, sowie für Demokratieförderung und Extremismusprävention.

■ Wir werden in die Zukunft investieren – in die Digitalisierung. Auch mit einem Zuschuss für kleine und mittlere

Unternehmen und Handwerksbetriebe, die „digital aufrüsten“ wollen.

Deutschland braucht eine nachhaltige Zukunft:

Atomkraft, Gentechnik in der Landwirtschaft und Fracking lehnen wir strikt ab und setzen weiter auf erneuerbare Energie. Wir wollen den Klimawandel stoppen und in Entwicklungszusammenarbeit investieren. Deutschland muss Vorreiter sein für fairen Handel, Achtung der Menschenrechte und Frieden. Martin Schulz will

in Europa investieren, damit keine verlorene Generation entsteht.

In Zeiten von Donald Trump, Putin, Erdogan und Brexit brauchen wir einen Bundeskanzler, der in Europa mehr sieht, als eine Fotogelegenheit bei Gipfeltreffen. Wir brauchen einen Bundeskanzler, der für Deutschlands und Europas Zukunft kämpfen will und kann.

Das ist Martin Schulz! ■

SPD setzt „Ehe für alle“ durch

Das Miteinander in der Gesellschaft stärken.

VON GABRIELA HEINRICH, MdB UND
MARTIN BURKERT, MdB

Die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben war lange überfällig. Deswegen ist es richtig, dass gleichgeschlechtliche Paare durch die Öffnung der Ehe jetzt die gleichen Rechte und Pflichten bekommen. Es war auch richtig, die Bundeskanzlerin beim Wort zu nehmen. Die Frage der rechtlichen Gleichstellung gehört nicht in ein Brigitte-Interview, sondern in den Bundestag.

Was war passiert?

SPD, Grüne und FDP hatten die Öffnung der Ehe für schwule und lesbische Paare zur Koalitionsbedingung gemacht. Kurz darauf verkündete Angela Merkel in einer Talk-Runde der Frauenzeitschrift Brigitte einen Kurswechsel. Eigentlich legte sie sich – wie immer – nicht wirklich fest. Sie erweckte jedoch mit bewusst schwammigen Formulierungen den öffentlichen Eindruck eines Kurswechsels. Die Botschaft: Die Union wird eine Abstimmung im Bundestag zur „Ehe für alle“ nicht länger verhindern.

Initiative der SPD

Martin Schulz nahm dann die Bundeskanzlerin beim Wort und kündigte an, dass die SPD im Bundestag umgehend über die Öffnung der Ehe abstimmen wird. Damit hatte Merkel nicht gerechnet. Hinter den Kulissen hieß es jetzt plötzlich, das alles sei ja nicht so gemeint gewesen. CDU und CSU versuchten im Rechtsausschuss des Bundestags die Abstimmung zu verhindern. Nur durch die gemeinsamen Stimmen von SPD, Grünen und Linken wurde die Abstimmung möglich.

Taktik statt Bürgerrechte

Auch die Bundeskanzlerin musste in der Abstimmung Farbe bekennen. Sie stimmte – trotz ihrer gegenteili-

gen öffentlichen Äußerungen – mit „Nein“ zur rechtlichen Gleichstellung. Zwölf Jahre lang hatte Angela Merkel als Bundeskanzlerin keinen eigenen Beitrag für die rechtliche Gleichstellung geleistet. Am Ende ist sie dieser Haltung treu geblieben.

Warum war uns die Gleichstellung wichtig?

Es darf keine Bürger erster und zweiter Klasse geben. Auch keine Ehegat-

oder schlechter als andere Kinder. Künftig werden Jugendämter nicht mehr pauschal gleichgeschlechtliche Paare ausschließen, wenn sie danach schauen, wo ein Kind ohne Eltern eine neue Familie finden kann.

Alles erreicht?

Auch wenn die rechtliche Gleichstellung durchgesetzt ist, gibt es noch viel zu tun. Wir müssen das Miteinander in der Gesellschaft stärken.



Foto: Robert Couse-Baker

ten erster und zweiter Klasse. Zwar hatte die von uns zusammen mit den Grünen eingeführte Eingetragene Lebenspartnerschaft bereits gesellschaftlichen Wandel eingeleitet und in vielen Bereichen Gleichstellung gebracht. Gleiche Rechte bei der steuerlichen Behandlung verhinderte aber stets die Union. Erst das Bundesverfassungsgericht sorgte für Gleichstellung.

Im Adoptionsrecht gab es bis zuletzt einen Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare. Dieser ist nicht sachlich zu begründen, denn – das belegte auch eine Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums – Kinder mit zwei Vätern oder zwei Müttern entwickeln sich nicht besser

Deswegen haben wir die Mittel für das Programm „Demokratie leben“ bereits verdoppelt. Damit fördern wir Initiativen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürgern – auch in Nürnberg – die sich mit Projekten für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Dabei werden auch Projekte gegen Homophobie gefördert. Dies ist ein Kurs, den wir fortsetzen wollen.

Wir freuen uns, dass jetzt alle zur Hochzeitsfeier einladen dürfen – nicht mehr zur Feier der Verpartnerung! ■

„Die zerstrittenen Unionsparteien sind nicht in der Lage, die Antworten auf Zukunftsfragen zu geben.“

Interview mit Martin Schulz für den „springenden Punkt“

Lieber Martin, seit Deiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD sind mehr als 17.000 Menschen in die SPD eingetreten. Hattest Du mit so viel Unterstützung gerechnet?

Nein – aber mir war immer klar, dass das Potenzial der SPD viel größer ist, als die Umfragen das zuvor gezeigt hatten. Die Menschen haben einen großen Wunsch nach sozialdemokratischen Botschaften und nach sozialdemokratischer Politik. Dass die SPD als Gegner der Union ernst genommen wird, ist aber nicht allein mein Verdienst. Es ist die Leistung der gesamten SPD. Darauf können wir sehr stolz sein.

Die SPD setzt im Wahlkampf auf die Themen Gerechtigkeit, Zukunft und Europa. Warum ist es aus Deiner Sicht an der Zeit, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen?

Weil es bei uns nicht überall gerecht zugeht! Auch wenn Deutschland wirtschaftlich gut dasteht. Wer in unserem Land hart arbeitet – sei es als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer –, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist, wer sich an die Regeln hält, der hat unseren Respekt verdient. Ich habe diesen Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in unserem Land. Und es ist nur gerecht, dass alle die gleichen Chancen auf gute Bildung, sichere Arbeit und faire Bezahlung haben. Egal woher jemand stammt, egal welchen religiösen Hintergrund jemand hat und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Es ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die dafür sorgen muss, dass jeder einzelne Mensch, jeder Mann, jedes Kind, jede Frau im Mittelpunkt unseres Denkens und im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Denn wenn wir nicht dafür sorgen, dass es in diesem Land gerechter

zugeht, dann wird das niemand anderes machen.

Und was wäre die Folge?

Weniger Zusammenhalt – unsere freie Gesellschaft und unsere Demokratie wären gefährdet. Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand. Gesellschaften, die zusammenhalten

Armuts- und Reichtumsbericht muss uns doch alle aufrütteln.

„Vorfahrt für Investitionen“ fordert die SPD. Ist das ein Weg in eine gerechtere Zukunft?

Ja, denn nur wenn wir investieren, sichern wir den Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen heute Geld in die Hand neh-



und sozial gerecht sind, können Probleme viel besser meistern. Das belegen zahlreiche Studien. Der aktuelle

men – für den Straßenbau, für gut ausgestattete Schulen, für schnelles Internet – damit auch unsere Kinder in einer lebenswerten Gesellschaft aufwachsen. Das ist unsere Verantwortung.

Du warst Europaabgeordneter und zuletzt Präsident des Europäischen Parlaments. Keiner kennt die EU so gut wie Du. Warum ist Europa so wichtig für uns?

Weil wir in einer globalisierten Welt auf Dauer nur gemeinsam stark sein können. Die europäische Integration ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie beruht auf der Idee von einem freien, gerechten und solidarischen

Zusammenleben der Menschen, auf der Idee, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam zu lösen. Eines unserer wichtigsten Ziele

keine Alternative für Deutschland! Sie ist eine Schande für die Bundesrepublik! Das ist die politische Auseinandersetzung, die wir führen müssen.



erziehende durchgesetzt. Wir wollten noch mehr erreichen – beispielsweise bei der Rente, bei der Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeit. Doch da stellt sich die Union quer. Klar ist: Die zwei tief zerstrittenen Unionsparteien sind nicht in der Lage, die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben. Die Unterschiede zwischen der SPD und der Union werden wir klar deutlich machen, sei es in der Familienpolitik, bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder in der Steuerpolitik.

Und wie kann das gelingen?

Im Kern geht es immer um den direkten Kontakt zu den Menschen – bei Veranstaltungen und anderen Wahlkampfaktionen. Der Tür-zu-Tür-Wahlkampf spielt bei uns eine ganz zentrale Rolle. Dafür wurde im Willy-Brandt-Haus eine neue Tür-zu-Tür-App entwickelt – eine Art digitales Klemmbrett. Damit können die vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer ihre Haustüraktionen leichter und

le für ein zukünftiges Europa ist ein europäischer Solidarpakt. Wir wollen ein Europa, das sich auf das wesentliche konzentriert und in die Zukunft der Menschen, in gute Jobs und in wettbewerbsfähige Unternehmen investiert. Und wir wollen ein Europa, das die Schlupflöcher für Steuerhinterziehung und Steuerdumping schließt und das faire Löhne und die Arbeitnehmerrechte schützt.

Rechtspopulisten wollen kein starkes Europa. Sie treiben europaweit einen Keil in unsere Gesellschaften...

Gerade deshalb ist es ganz wichtig, dass wir im Wahlkampf deutlich machen, dass die Rechtspopulisten keine Antwort auf die Probleme der Menschen haben. Die AfD will nicht weniger, als unsere liberale und offene Gesellschaft abschaffen. Sie raunen viel von Volk und Vaterland – als würde das auch nur einen einzigen Arbeitsplatz schaffen. Sie schwadronieren ausgiebig von Nation und Identität – als könnte man damit auch nur eine einzige Schule sanieren. Die AfD ist



Waren die letzten vier Regierungsjahre verlorene Jahre?

Die Große Koalition hat viele Erfolge zu verbuchen, die auf die SPD zurückzuführen sind. Wir haben unter anderem den Mindestlohn, die Rente ohne Abschläge nach 45 Beitragsjahren und Verbesserungen für Allein-

erfolgreicher durchführen. Das direkte Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern ist der Schlüssel zu unserem Erfolg. ■

UK und Europa nach dem Brexit

Parteiausschuss der Nürnberger SPD – Brexit als Chance

VON CARL VELDMAN

Der 23. Juni 2016 war ein Tag der Emotionen für Europa. An diesem Tag entschieden sich die britischen Wählerinnen und Wähler für einen Austritt aus der Europäischen Union. Dieser Schritt löste bei den Verfechtern der europäischen Idee Entsetzen aus; bei den Eurokritikern herrschte Jubel. Allen war klar, dass diese Entscheidung tiefgreifende Konsequenzen für die Zukunft der Union mit sich bringen würde.

Gut ein Jahr später, am 29. Juni 2017, hat die NürnbergSPD zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen um die Entscheidung von damals wie auch die Ereignisse danach genauer anzuschauen.

Persönliche Stimmen inmitten politischer Analyse

Abseits von der politischen Bühne waren Millionen von Menschen auf beiden Seiten des Kanals auf sehr persönliche Art und Weise von dem britischen Votum betroffen. Sabrina Huck stammt aus dem Schwarzwald, hat



in Nürnberg und Erlangen Politikwissenschaft studiert und lebt nun seit einigen Jahren als deutsche Staatsangehörige in London. In ihrer Wahlheimat ist sie Mitglied des National Young Labour Committee – es war da-

her ein besonderes Highlight, dass sie eigens für diese Veranstaltung nach Nürnberg angereist ist. Mit ihr auf der Bühne saß unser Genosse Michael Grant, OV St. Leonhard-Schweinau, der aus „umgekehrter“ Sicht über seine Betroffenheit berichten konnte. Als ein in Deutschland lebender britischer Staatsangehöriger beobachtet



er die Situation seit dem Referendum mit besonderem Interesse. Die Aussagen dieser in besonderer Weise betroffenen Personen stimmten das Publikum nachdenklich und erinnerten daran, dass jede politische Entscheidung auch weitreichende persönliche Konsequenzen mit sich zieht.

Kein Exit vom Brexit

Das Politische sollte an diesem Abend aber auch nicht zu kurz kommen. So beantwortete Sabrina ausführlich die Fragen der Moderation und des Publikums und scheute sich nicht, auch heikle Themen anzusprechen. Das zwiespältige Verhältnis der Labour

Party zur EU war genauso Thema wie das mangelhafte Bekenntnis Jeremy Corbins zur Union. Dass es noch einen Rückzieher vom Brexit geben könnte, musste Sabrina aus der aktuellen Stimmung in Großbritannien jedoch weitgehend ausschließen. Die Frage besteht nur noch in der Art des Austritts: ein weicher Austritt in dem Großbritannien eine enge Anbindung zur Union, ähnlich wie Norwegen, beibehält; oder ein harter Brexit in dem alle vertragliche Regelungen ihre Gültigkeit verlieren und die UK den Status eines Drittstaates wie jeder andere erhalten würde.

Die rege Beteiligung des Publikums an der Debatte bestätigte, wie weitreichend diese Entscheidung für uns alle ist. Es ist mit Sicherheit besorgniserregend, dass es überhaupt so weit kommen konnte. Und dennoch konnten die Podiumsgäste mit einem positiven Appell den Abend abschließen:



Das Orga-Team mit Gästen: Carl Veldman, Yasemin Yilmaz, Sabrina Huck, Michael Grant und Victor Strogies

den Brexit als Chance zu verstehen. Als Weckruf. Ein Anlass für die EU, Reformen voranzutreiben, mehr Bürgernähe zu erreichen und als Garant für ein friedliches und stabiles Europa einzustehen. ■

Ortsverein Muggenhof hat viel zu feiern

Sommerfest mit Pumpe, Motto und Geburtstagstorte

VON KEVIN KIENLE

Der SPD Ortsverein in Muggenhof hatte am 4. Juli 2017 viel zu feiern: sein Sommerfest, sein neues Stadtteilmotto, das 70-jährige Jubiläum und die beiden Preisträger der Roten Luftpumpe. Dazu hatte der Ortsverein in die Kulturwerkstatt auf der AEG eingeladen.

Und wie bei einem richtigen Geburtstagsfest gab es auch einen Kuchen, welcher vom Vorsitzenden der SPD Nürnberg, Thorsten Brehm, angeschnitten wurde. Dieser hat zudem die Geschichte des Ortsvereins Muggenhof kurz

erzählt. Aber auch zwei neue Ortsvereinsmitglieder bekamen von Thorsten Brehm und Kevin Kienle, Vorsitzender der SPD Muggenhof, das Parteibuch überreicht.

Anschließend wurde die Rote Luftpumpe verliehen, eine Initiative, welche von Michael Ziegler ins Leben gerufen wurde und besondere Arbeit im Stadtteil würdigen soll. Dieses Jahr wurde sie gleich an zwei Preisträger verlie-



Fotos: Isabella Ceck

Präsentation des neuen Mottos mit Kevin Kienle und Alexander Sixt

drei Redner eine Laudatio. Um für ein bisschen Abwechslung zu sorgen, trat anschließend die Tanzgruppe „Triversity“ auf, die zu einer Mischung aus Klassik und House mit tiefen Bässen tanzte.

Zum Schluss wurde das neue Motto für den Stadtteil präsentiert, welches in einem Onlinevoting über die neue Webseite www.muggenhof-spd.de vorher gesucht worden war. Um Interessenten für die Teilnahme zu finden, winkten 150€ Preisgeld. Alexander Sixt, ein Familienvater aus Zabo, konnte mit seinem Vorschlag über 56% der über 28.000 erreichten Menschen überzeugen. Von nun an wird der Stadtteil mit dem Motto beworben: „Muggenhof. Nürnbergs wilder Westen.“ Auf die Frage, was er sich dabei gedacht habe, erklärte er: „Der Westen der USA wurde mit der Eisenbahn erschlossen, genauso wie der Westen Nürnbergs.“

Nach dem abwechslungsreichem Programm gab es bei guter Musik ein breites Angebot an kostenlosem Essen und Trinken. ■



Thorsten Brehm und Kevin Kienle schneiden mit dem gesamten OV Vorstand sowie Gabriela Heinrich, MdB und Stefan Schuster, MdL den Geburtstagskuchen an



Quellkollektiv bei der Übergabe der roten Luftpumpe

hen. So hatte Gabriela Heinrich, MdB, die Ehre, für das Quellkollektiv die Rede zu halten und die Rote Luftpumpe zu überreichen. Für den zweiten Preisträger, den Pfarrer Andreas Müller, welcher die katholische Gemeinde St. Anton nach über 22 Jahren verlässt, hielten gleich

Es darf gestritten werden!

Zahlreiche Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl wiederbeleben die politische Streitkultur

VON GABRIELA HEINRICH, MdB

Gute Nachrichten: Es wird wieder mehr miteinander geredet. Der CSU-Direktkandidat diskutiert mit dem der MLPD über Arbeit, Gottesdienst-BesucherInnen mit dem Direktkandidat der Linken (und bekennendem Nicht-Kirchenmitglied) über das Verhältnis von Kirchen und Politik oder eine Abschiebungsgegnerin mit einer Abgeordneten der Regierungskoalition über den Abschiebestopp nach Afghanistan. All dies geschieht fair, sachlich und was am wichtigsten ist: fast immer unaufgeregt.

Möglich machten dies zahlreiche Organisationen und Institutionen, die kürzlich zu Podiumsdiskussionen mit den DirektkandidatInnen der Parteien eingeladen haben. Den Anfang machte der Presseclub, bei dem Martin Burkert und ich gemeinsam mit Michael Frieser und Sebastian Brehm von der CSU auf dem Podium saßen, gefolgt von Diskussionen beim Kreisjugendring in der Luise, der Evangelischen Stadtakademie in der Egidienkirche und im Nachbarschaftshaus Gostenhof, wo ich jeweils mit Sebastian Brehm, Britta Walthelm von den Grünen und Titus Schüller von den Linken das Podium bestritt - ein gutes Stichwort, weil nur der Streit um Ideen die unterschiedlichen Konzepte herausstellen kann.

Allerdings - manchmal ist das gar nicht einfach. Wenn jeder nur Zeit hat zu sagen, was er oder sie erreichen will, kann man sich selten aufeinander beziehen. Und dann ist man manchmal verblüfft, wenn Programm und Kandidat gar nicht mehr zusammenpassen. Da wird die Obergrenze der CSU plötzlich zum Kontingent für Arbeitsmigranten umgedeutet und hat gar nichts mehr mit Asylsuchenden oder Kriegsflüchtlings zu tun. Und Abschiebung

gen nach Afghanistan sollte man auf keinen Fall vornehmen - auch wenn die CSU da eigentlich lautstark eine völlig andere Meinung vertritt.

Sehr viel deutlicher werden die Unterschiede im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, wo sich der CSU-Kandidat für eine weitere Flexibilisierung ausspricht. Wie er zu Arbeit auf Abruf steht, ein zunehmendes Problem zum

ne anderen Jobs annehmen. Andere Beispiele gravierender Unterschiede zwischen der SPD und der CSU sind die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gegenüber dem privaten oder die Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme gegenüber privaten Versicherungen.

Spannend sind auch die Themen, die die Veranstalter auf die Agenda setzen: Beim Kreisjugendring waren dies zum Beispiel Ernährung, (ökologische) Landwirtschaft und Entwicklungspolitik, Flucht, Migration und Abschiebung, Medienutzung oder Hass und Hetze im Internet.

Bei allen Diskussionen beteiligen sich

die Gäste rege und ausdauernd. Nach zumeist über 2,5 Stunden Veranstaltung dauern die Gespräche im Nachgang bis zu einer weiteren Stunde. Mein herzlicher Dank an alle Veranstalter für ihre Initiativen zur demokratischen Diskussionskultur! ■



Beispiel in den Bereichen Verkauf oder Logistik, lässt er sich nicht entlocken. So wissen immer mehr Menschen nicht, wann oder wie lange sie arbeiten und wieviel sie am Monatsende verdienen werden - aufgrund flexibler Arbeitszeiten können sie auch kei-

Podiumsdiskussion von Fliederlich e.V. (eine gute Gelegenheit, alle Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis Nürnberg-Nord zu erleben):

„VERSprochen - GEBROCHEN!“

Literaturhaus, Luitpoldstr. 6, Nürnberg – Freitag, 4.8. ab 19:30 Uhr

mit:

Sebastian Brehm, CSU (Stadtrat, Bundestagskandidat)

Britta Walthelm, Bündnis 90/Grüne (Stadträtin, Bundestagskandidatin)

Gabriela Heinrich, SPD (MdB, Bundestagskandidatin)

Harald Weinberg, DIE LINKE (MdB, Bundestagskandidat)

Themen: Aussagen zur Flüchtlingspolitik und Realität, Ehe für alle – Nachklatsch und neues Prostitutionsgesetz. Die Politiker werden an zuvor getätigten Aussagen gemessen und konfrontiert.

Mit Gebärdendolmetscherinnen für Gehörlose

Ja zum Deutschen Museum Nürnberg, Nein zur Geheimhaltungsstrategie der Staatsregierung

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER, MdL

Im Sommer 2014 wurde mit dem Nordbayernplan der Staatsregierung die Außenstelle des Deutschen Museums in Nürnberg verkündet. Schon damals haben wir als SPD-Landtagsfraktion dies begrüßt. Doch wir wollen als Mitglieder des Landtags nicht einfach Ankündigungen abnicken, sondern auch bewerten können. Dies



Der Augustinerhof (Foto: Technokrat, CC BY-SA 2.0 DE)

war uns nicht möglich, denn die Informationspolitik der Minister Söder und Spaenle gegenüber dem Landtag in dieser Sache war widerwillig und bestenfalls bruchstückhaft.

Ich habe deshalb mit einem Berichtsantrag versucht, Antworten auf eine Reihe von offenen Fragen zu erhalten. Erst dadurch wurden die extrem hohen Kosten offenbart.

70 Millionen Euro Miete: Weshalb nicht gleich bauen?

Die monatlichen Mietkosten mit Betriebsnebenkosten sollen über 230.000 Euro betragen. Das sind in 25 Jahren 70 Millionen Euro. Dazu kommt die Anschubfinanzierung von fast 30 Millionen Euro. Ich frage mich schon, ob man da nicht besser eine Immobilie gekauft oder selbst gebaut hätte. Immerhin kostet der Neubau des Museums der Bayerischen Ge-

schichte in Regensburg bei ähnlicher Ausstellungsfläche ebenfalls etwa 70 Millionen Euro. Wenn an die 100 Millionen Euro Steuergelder ausgegeben werden, dann müssen diese Summen schon erläutert werden. Leider war das Finanzministerium trotz des einhelligen Wunsches aller Landtagsfraktionen im Wissenschaftsausschuss bisher nicht bereit, umgehend Mietvertrag und sonstige kostenrelevante Unterlagen vorzulegen. Das ist keine offene Informationspolitik, wie sie sein sollte.

Gleiches gilt für den Inhalt. Genaues wird nicht berichtet, obschon das Deutsche Museum ja schon die Raumplanung mit dem Architekten abgeschlossen hat.

Dass es die Entwicklung von Science-Fiction zu Innovationen zeigen soll, klingt super, aber was soll konkret ausgestellt werden?

Der Stadt Nürnberg dürfen keine Kosten entstehen!

Eine weitere Frage stellt sich auch bei den Folgekosten für das Museum: Die Antwort des Ministeriums zu den Folgekosten war, sie übernehme ‚bis auf weiteres‘ der Freistaat. Da muss ich leider an die schwierige Situation des Deutschen Museums Bonn denken. Dort konnte die Stadt die laufenden Kosten nicht mehr zahlen und das Museum stand kurz vor der Schließung. Ich erwarte, dass der Freistaat die Außenstelle dauerhaft und nicht nur ‚bis auf weiteres‘ finanziell absichert. Gegebenenfalls durch Bundesmittel. Klar ist: Die Stadt darf hier nicht belastet werden.

Keine Politik nach Gutsherrenart!

Im Moment ist zunächst eine umfassende Klärung und Offenlegung aller Daten und Fakten gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber - etwa in einer zeitnahen Sondersitzung des Haushaltsausschusses - erforderlich, um auf dieser Grundlage den aktuellen Sachstand bewerten zu können und dann ggf. Entscheidungen für die Zukunft zu treffen bzw. Korrekturen vorzunehmen. Das ist bei geplanten Kosten von 100 Millionen Euro meines Erachtens auch legitim.

Politik nach Gutsherrenart ist bei einem Finanzbedarf von annähernd 100 Millionen nicht angebracht. Wir begrüßen das Deutsche Museum Nürnberg am Standort Augustinerhof, wollen aber eingehend und nachvollziehbar informiert werden. Und darüber hinaus erwarten wir eine enge Kooperation mit Nürnberger Museen, insbesondere dem Museum Industriekultur. ■

Nürnberg
SPD

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Michael Arnold
Redaktion: Thorsten Brehm,
Tim Koss, Andreas Mittelmeier,
dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare

Termine

04.08.2017 - 19:00 Uhr
 SPD Worzeldorf:
 Kirchweih-Eröffnung
 Sportgaststätte Worzeldorf, Friedrich-Overbeckstr. 25

04.08.2017 - 19:30 Uhr
 SPD Zabo: "afterwork"
 in der Stille Wasser Cafebar

08.08.2017 - 17:00 Uhr
 Mieterbüro der SPD
 Nürnberg: Sprechstunde
 von 17–19 Uhr

08.08.2017 - 19:00 Uhr
 SPD Eibach-Röthenbach-
 Maiach: Ortsvereinsitzung
 Röthenbacher Hauptstr. 74

08.08.2017 - 19:30 Uhr
 SPD Nordostbahnhof
 und Ziegelstein:
 Sommerstammtisch
 Landbierparadies,
 Leipzigerstr. 32

11.08.2017 - 18:00 Uhr
 SPD Langwasser: Besuch
 und Stand auf Langwasser
 Kirchweih

22.08.2017 - 17:00 Uhr
 Mieterbüro der SPD
 Nürnberg: Sprechstunde
 von 17–19 Uhr

Verkehrspolitische Highlights der Wahlperiode

Bundesverkehrswegeplan und noch viel mehr

VOM MARTIN BURKERT, MdB

Die letzte Sitzungswoche dieser Wahlperiode liegt hinter uns und wir haben bis zuletzt hart gearbeitet und viele unserer Anliegen innerhalb der Großen Koalition durchgesetzt: Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt und für mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze gesorgt. Gleichzeitig investieren wir Milliarden in den sozialen Wohnungsbau, in Kli-



Foto: Marco Leibetseder

maschutz und in Verkehrswege. Viel Geld ist nach Nürnberg und Schwabach geflossen: Sprach-Kitas, Altstadtanierung und U-Bahn-Instandhaltung sind dafür nur einige Beispiele.

Nürnberg profitiert vom Bundesverkehrswegeplan

Das Mammutprojekt dieser Legislaturperiode war sicherlich der Bundesverkehrswegeplan. Nicht nur, weil kein anderes Projekt mit so vielen Sitzungen verbunden war. Sondern auch weil der Bund deutschlandweit in den nächsten 15 Jahren 264,5 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert – so viel wie lange nicht. Etwa die Hälfte des Geldes fließt in Straßenprojekte, 41 Prozent entfallen auf die Schiene, neun Prozent auf Wasserstraßen. Bayern ist mit wichtigen Projekten dabei. Für die Nürnberger Verkehrswege sind im Bundesverkehrswegeplan rund 580 Millionen Euro vorgesehen. Beim sechsstreifigen Ausbau der A6 von der Anschlussstelle Schwabach

West bis zur Anschlussstelle Roth beteiligt sich der Bund beispielsweise insgesamt mit rund 111 Millionen Euro für Aus- und Neubau beziehungsweise Erhalt und Ersatz.

Strafen für illegale Autorennen und Raserei erhöht

In der letzten Sitzungswoche dieser Wahlperiode haben wir das Gesetz zur Strafbarkeit nicht genehmigter Kraftfahrzeugrennen im Straßenverkehr verabschiedet.

Künftig kann die Teilnahme an illegalen Autorennen aber auch Rasen an sich mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden. Kommen dabei Menschen zu Tode, liegt die Strafe bei bis zu zehn Jahren. Illegale Autorennen und Raserei sind absolut rücksichtslos. Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten – ein Bußgeld in Höhe von 400 Euro und ein einmonatiges Fahrverbot – haben sich in der Vergangenheit als absolut unzureichend erwiesen.

Lärmschutz an Schiene und Straße verbessert

Mit der Verabschiedung des Schienenlärmschutzgesetzes und dem damit verbundenen Verbot lauter Güterwagen ab dem Jahr 2020 haben wir in dieser Wahlperiode einen wichtigen Schritt zu besserem Lärmschutz getan. Für Nürnberg waren vor allem die Lärmschutzwände an der Schienenstrecke Chlodwigstraße und an der A6 bei Moorenbrunn ein großer Erfolg. Für die Zukunft fordern wir Verkehrspolitiker in der SPD-Bundestagsfraktion unter anderem eine intensive Lärmforschung im Bereich neuer Technologien, Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten sowie ein EU-weites Verbot lauter Güterwagen spätestens ab dem Jahr 2020. Wir werden uns weiter dafür einsetzen und kämpfen deshalb dafür, dass die SPD-Bundestagsfraktion im September stärkste Kraft im Deutschen Bundestag wird. ■

#gerecht ist

Juso-Wahlkampagne mit eigenen thematischen Schwerpunkten

VON OGUZ AKMAN

Für uns Jusos Nürnberg war von Anfang an klar, dass wir einen eigenständigen Wahlkampf machen wollen, weil es uns wichtig erschien und erscheint, unsere Zielgruppe der 14 bis 35-Jährigen mit unseren eigenen Juso-Inhalten anzusprechen.

Ein eigener Jusowahlkampf ist für uns im Hinblick der „Generation What“-Studie, die Ende 2016 veröffentlicht wurde und an der europaweit Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 18-34 teilgenommen haben, doppelt wichtig. Zum einen möchten wir junge Menschen dazu bewegen sich politisch zu engagieren, denn 42% der Befragten der „Generation What“-Studie wären bereit sich politisch zu engagie-



ren. Den Befragten fehlt es allerdings an niedrigschwelligen Angeboten, um eine Partei ohne Verpflichtungen näher kennenlernen zu können.

Ein lockeres, unverbindliches Gespräch am Infostand an einem Samstagnachmittag mit engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die schon Parteimitglieder sind, wäre solch ein niedrigschwelliges Angebot. Außerdem können wir ihnen unsere Inhalte besser übermitteln als Genoss:innen jenseits der sogenannten Bioklippe (das 35.Lebensjahr wird im Jusojargon als Bioklippe bezeichnet) und steigern nebenbei unseren Bekanntheitsgrad im Raum Nürnberg.

Uns als Jusos Nürnberg ist es wichtig, unsere Jungsozialist:innen mit der Dichte unserer Wahlkampfaktionen nicht zu überanstrengen. Das gilt allerdings nur für die Monate Juli und August. Denn neben den geplanten Wahlkampfaktionen und Infoständen läuft der normale „Jusobetrieb“ ganz normal weiter, das heißt Montagssitzungen, jährlich regelmäßige stattfindende Events, wie zum Beispiel das Rathausclubbing oder auch unser Sommerfest. Zusätzlich zu ihrer Jusoaktivität sind die meisten Mitglieder auch noch aktiv in ihren Ortsvereinen, weswegen wir uns dazu entschieden haben, im Juli an drei Terminen und im August an nur einem Termin Wahlkampf zu betreiben. Der September sieht allerdings anders aus. Da wir uns im September in der sehr

heißen Phase des Wahlkampfs befinden, werden auch die Jusos Nürnberg ihr Wahlkampfpensum um einiges steigern. Im letzten Monat des Wahlkampfs werden wir an jedem Wochenende unterwegs sein. An den letzten zwei Wochenenden vor der Bundestagswahl haben wir uns fest vorgenommen, vier Nachinfostände zu machen, damit wir auch den feierwütigen Teil unserer Zielgruppe entweder vor oder nach der Party erwischen.

Die thematischen Schwerpunkte unserer Juso-Wahlkampagne „#gerecht ist“ sind (Aus)Bildung, Hochschule, Gleichstellung, Arbeit, Europa, Wohnen und Infrastruktur. Was muss in all diesen politischen Themengebieten aus der Sicht junger Menschen verändert werden, damit alles #gerecht ist? Wir denken, dass wir mit unserem Wahlprogramm sehr gute Antworten auf diese Frage geben können und freuen uns junge Wähler:innen mit unserer Wahlkampf-Kampagne #gerechtist zu erreichen und sie davon zu überzeugen am 24.9 die SPD zu wählen. ■

Termine

25.08.2017 - 18:00 Uhr

AsF Nürnberg:
Sommertreffen
Biergarten des Tucherhofs,
Marienbergstr. 110

26.08.2017 - 16:00 Uhr

SPD Neunhof: Grillfest
mit Gabriela Heinrich, MdB,
Schützenverein Edelweiss
e.V. Kreuzäckerstr. 100

30.08.2017 - 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Schweizer Hüsl,
Paumannstraße 37

30.08.2017 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:
Biergarten
Ort: Bekanntgabe
erfolgt demnächst!

01.09.2017 - 19:30 Uhr

SPD Almoshof-Thon:
Stammtisch
zur Eröffnung der Kirchweih in Schnepfenreuth,
Festzelt an der Schleswiger
Straße

04.09.2017 - 13:30 Uhr

Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd,
Ingolstädter Str. 51

DAS MODERNE UND GERECHTE DEUTSCHLAND

SO GEHT DAS – UND SO NICHT

Jetzt liegen die Programme auf dem Tisch. Das Programm der Union ist unseriös, ungerecht und unverantwortlich. Das sind die Unterschiede:

SPD

- Unbefristete Jobs, tarifgebunden, gut bezahlt. Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer. Managergehälter deckeln.
- Gute Renten, stabiles Rentenniveau, kein höheres Renteneintrittsalter, Solidarrente.
- Gute Gesundheitsversorgung für alle, gerecht finanziert: die Bürgerversicherung.
- Bildung gebührenfrei. Investitionen in Schulen und Betreuung.
- Steuern und Abgaben: Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, vor allem Familien.
- Gut ausgestattete Bundeswehr – aber keine Aufrüstungsspirale.
- Mutige Reformen für ein starkes und einiges Europa.

CDU&CSU

- Mindestlohn aufweichen und sachgrundlose Befristung beibehalten.
- Arbeiten bis 70, Rentenniveau absenken = Altersarmut.
- 2-Klassen-Medizin, Arbeitnehmer zahlen mehr als Arbeitgeber.
- Kein Plan gegen bröckelnden Putz in Schulen. Eltern sollen weiter zahlen.
- Steuergeschenke für Spitzenverdiener und reiche Erben.
- 30 Mrd. pro Jahr zusätzlich für Panzer und Drohnen.
- 12 Jahre Spaltung in Europa – ohne Plan für die Zukunft.